

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 44 (1965)
Heft: 12

Artikel: Ärger mit "Linksabweichlern"
Autor: Walter, Emil H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337717>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EMIL H. WALTER

Ärger mit «Linksabweichlern»

Sozialdemokratische Parteien haben es schwerer. Periodisch und mit ziemlicher Regelmäßigkeit pflegt sich der Wille zur sozialistischen Veränderung der Gesellschaft, den sie als ihr eigenstes Prinzip zu verbreiten suchen, gegen sie selbst zu wenden. Man nennt dies gemeinhin «Ärger mit Linksabweichlern» oder gar, in der intoleranteren Sprache der Bürgerlichen, «Unterwanderung durch die äußerste Linke». Die Reaktion auf diesen anscheinend unwiderstehlichen Trend der Linken zur äußersten Linken von seiten der weniger Linken ist im allgemeinen nicht zimperlich. Handelt es sich um rebellierende Studentenorganisationen, so empfiehlt sich als erstes die Drohung mit Entzug der finanziellen Unterstützung. Da diese Form des Druckes in den allermeisten Fällen nichts ausrichtet, bleibt schließlich nichts anderes übrig als die tatsächliche Streichung der Zuschüsse und der Ausschluß aus der Partei. So wurde 1960/61 mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) in Deutschland verfahren, und so versuchte auch Erich Mende neulich, wenngleich erfolglos, gegen den LSD, den Liberalen Studentenbund Deutschlands, vorzugehen¹.

Sehr erfreuliche Wirkungen lassen sich derart allerdings nicht erzielen. Durchaus typisch ist das Mißgeschick, das der SPD mit dem SHB, dem Sozialdemokratischen Hochschulbund, widerfuhr, den sie als gemäßigte und parteitreue Organisation nach der Ausschaltung des SDS auf die Beine stellte. Heute scheint sie mit dem SHB so zu stehen, wie mit dem SDS vor etwa fünf Jahren, nämlich in einem peinlichen Spannungsverhältnis. Auf der Bundesdelegiertenversammlung des SHB im Mai 1964 in Heidelberg hatte es begonnen; damals hatte der immer selbständiger agierende Studentenbund in einer Resolution zum Leidwesen seiner Vaterpartei öffentlich die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik gefordert. Auf der diesjährigen Delegiertenversammlung verstärkten sich die Spannungen noch. Gegen eines der geheiligsten Prinzipien der SPD wurde durch den Beschluß, Beobachter an die kom-

¹ Vgl. Kai Hermann in der «Zeit» vom 19. März und 11. Juni 1965.

munistischen Weltjugendfestspiele in Algerien zu entsenden, offen verstoßen. Der Delegierte der SPD am Jahrestag des Studentenverbandes wurde lau und mit kärglichem Beifall, ja unwilligem Zischen begrüßt, der Bundesvorsitzende des SDS dagegen, ein typischer «Linksabweichler» also, mit lautem Beifall. Einmal mehr hatte sich die Partei, aus welchen Gründen auch immer, die Sympathien ihrer linksintellektuellen Anhängerschaft gründlich verscherzt. Was sie sorgfältig einige Zeit in ihrem eigenen Neste aufgezogen hatte, erwies sich schließlich doch wiederum nur als eines jener ärgerlich provozierenden Kuckuckseier zweifelhafter Provenienz, aus dem verdächtigen Bereich der äußersten Linken. Fast scheint es, als ob der Sozialdemokratie die linken Extremitäten, die sie ständig abzuschneiden bemüht ist, beharrlich wie der Hydra die Köpfe immer wieder nachwachsen.

Das Unbehagen an der heutigen Schweiz

Liegt diesem unwiderstehlichen Trend gewisser Kräfte der Linken zur äußersten Linken irgendeine Notwendigkeit zugrunde? Was der SPD mit ihren Studentenbünden widerfuhr, ist für sozialdemokratische Parteien allgemein und unsere Zeit im besonderen typisch, daran kann kein Zweifel sein. Beliebig könnten ähnliche Vorkommnisse etwa aus der jüngsten englischen, aber auch neueren schweizerischen Parteigeschichte zitiert werden. Welcher Art also ist die Notwendigkeit, die zumal junge Leute immer wieder bestimmt, dem etablierten Vertreter der Idee, die sie selbst zu verwirklichen wünschen, den Gehorsam aufzukündigen und nicht nur an der bestehenden Gesellschaft, sondern auch der bestehenden Kritik an ihr Kritik zu üben?

Wir kommen der Beantwortung dieser, wie sich zeigen wird, sehr wesentlichen und grundsätzlichen Frage vielleicht näher, wenn wir die gängigen Argumente des Linksabweichler und die ihrer Gegner einander gegenüberstellen und genau zu beschreiben suchen. Die gegenwärtigen schweizerischen Verhältnisse bieten dazu Material genug; denn tatsächlich sind selbst in der Schweiz, diesem langjährigen Idyll behaglicher Selbstzufriedenheit und Ruhe aus dem 19. und 20. Jahrhundert, in letzter Zeit Bedenken aufgekommen und Zweifel daran, ob die Schweiz wirklich jene beste aller möglichen Demokratien sei, für die sie sich lange Zeit hielt. Daß das traditionelle schweizerische Selbstverständnis, das bekanntlich mit nur wenigen Modifikationen auch das der SPS ist, in letzter Zeit ins Schwanken geraten ist, erfährt man zwar eher als direkt nur indirekt, durch den bald mehr oder weniger autoritär – beschwichtigenden, bald heftig entrüsteten Widerspruch bürgerlicher Kreise gegen die aufrührerische Kritik sogenannter «Linksabweichler». Aber spätestens seitdem selbst die «Neue Zürcher Zeitung» in ihrem feierlichen Leitartikel zum 1. August dieses Jahres in gewohnt vornehmer Weise durchblicken ließ, daß die Schweiz «auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis»

sei, ja gar erwähnte, daß viele Kritiker in den schweizerischen Zuständen tatsächlich ein «Malaise» sähen (um allerdings gleich hinzuzufügen, daß von den heutigen «Fährnissen» «heutzutage im privaten wie im öffentlichen Leben manchmal allzuviel Aufhebens» gemacht werde) – spätestens seit diesem Zeitpunkt wissen wir, daß dieser kritischen Strömung im schweizerischen Geistesleben, aus welchen Gründen sie auch immer protestieren mag, einige Bedeutung zukommt; gedämpftes Glockenläuten bei der «Neuen Zürcher Zeitung» bedeutete schon immer Alarm fürs ganze Land.

Die erwähnte neue Kritik in der Schweiz ist allerdings alles andere als einheitlich und an klaren Zielvorstellungen orientiert. In den Arbeiten kritischer Schriftsteller drückt sie sich aus teils deutlich in scharfen, wenngleich nicht immer gutgezielten Protesten (Diggelmann, Brodmann), teils undeutlich und mittelbar in einem allgemeinen Gefühl des Unbehagens, das allerdings stets in einem allgemeinen Gefühl des Unbehagens, das allerdings stets in Gefahr ist, sich resigniert selbst aufzuheben (Frisch, Jent). Dennoch sind allen diesen verschiedenen Strömungen mehr als es zunächst scheinen mag gewisse Muster oder *Schemata der Kritik* gemeinsam. Diese pflegen mit erstaunlicher Regelmäßigkeit durch die verschiedensten Argumente durchzuschimmern, ebenso übrigens wie auf der Gegenseite durch die Antikritik die *Schemata der Verteidigung des Status quo*. Einige besondere typische dieser Schablonen und ihre theoretischen Voraussetzungen sollen im folgenden dargestellt werden. Vielleicht läßt sich von daher ein Hinweis für die Beantwortung der schwierigen Frage gewinnen, wie am besten sich das Verhältnis der etablierten Linken zur linken Kritik an ihr gestalte.

Schemata linksradikaler Gesellschaftskritik

Auch nichtmarxistische Oppositionelle leiden heute gerne an dem, was sie die «Zukunftslosigkeit» der Schweiz und deren «Immobilität» zu nennen pflegen. Die Schweiz des 20. Jahrhunderts, heißt es da etwa, habe seit langem in ihrer geschichtlichen Entwicklung «stagniert» und sei «erstarrt». Selbstgefällig spiegle sie sich nur immer wieder im trügerischen Spiegel des schweizerischen «Nationalmythos», der in Wirklichkeit schon lange nurmehr Falsches verheiße. Wohl biete die Schweiz von außen einen friedlichen und ruhigen Anblick: aber längst schon sei dies kein Positivum, sondern nur umso schlimmer für die Schweiz. Denn die absolute «Phantasielosigkeit» dieses Zustandes bewirke, daß selbst die dringendsten Aufgaben der modernen Zeit nicht angepackt würden und wenn, dann nur zögernd und halb: was dann produziert werde, sei meist «Leerlauf», Mittelmäßiges in einer «Gegend vollkommener Mittelmäßigkeit». Demgegenüber gelte es Bewegung in dieses rostige Getriebe zu bringen, ein «Denken in neuen Kategorien» sei notwendig sowie die «Kühnheit und Dynamik» eines «Aufbruchs» in Neuland. Nur so könne der offiziell

ignorierte, aber tatsächlich bestehende «nationale Notstand» aufgehoben werden.

Natürlich sind diese Überlegungen (die etwa denjenigen Roman Brodmanns von der «Zürcher Woche» entsprechen) nicht eigentlich linksradikal, schon gar nicht marxistisch zu nennen. Dazu ist die Zukunft, in die sie «aufzubrechen» empfehlen, viel zu undeutlich vorgestellt; der Sprung in sie könnte sich leicht als ein Rückfall entpuppen. Doch haben sie mit der an einer bestimmten Geschichtstheorie orientierten und darum prägnanteren Kritik linksstehender Sozialisten durchaus gewisse Züge gemeinsam; vor allem das, was man den *Impetus radikaler Kritik* nennen könnte: das mehr oder weniger zum vollen Bewußtsein seiner selbst gekommene Gefühl, daß so, wie die Dinge gegenwärtig sich entwickeln, künftig alles nur noch schlimmer werden kann. Um zu verhindern, daß es tatsächlich dahin komme, bedarf es einer radikalen Neuorientierung, muß Leben in die erstarrte Gesellschaft gebracht werden, vor allem durch eine Renaissance «grundsätzlicher» und «wahrer Opposition». An diesem Punkt genau pflegen die Forderungen sowohl der nichtmarxistischen wie der sozialistischen radikalen Kritik sich zu berühren. Auch die «Linksabweichler» fordern die Wiederbelebung grundsätzlicher und radikaler Opposition gegen die Tätigkeit des Bestehenden; aber im Unterschiede zu den Nichtmarxisten kennen sie den Adressaten ihres Wunsches genau: es ist ihre sozialdemokratische, allzu revisionistisch und träge gewordene Mutterpartei.

Warum «träge» und «revisionistisch»? Die Behauptung, die von den durch sie Betroffenen meist unwillig zurückgewiesen oder, wie im Falle des Artikels von Rudolf Giovanoli in der «Roten Revue 10/1964, großzügig – vorsichtig als bloßer «Diskussionsbeitrag» abgesichert wird, muß erst noch bewiesen werden. Hat nicht die Leidensgeschichte des ursprünglich rein aufklärerischen und idealistischen, zugleich aber verhängnisvollerweise eschatologisch seine Verwirklichung hic et nunc fordernden Kommunismus der «realistisch» auf ein ideales Endziel verzichtenden und der fortschrittlichen Alltagspraxis ihre ganze Kraft zuwendenden Sozialdemokratie vollkommen recht gegeben? Als dem badischen Rechtsgelehrten Ludwig Frank auf dem Nürnberger Parteitag der SPD im September 1908 von der Mehrheit der nach wie vor «revolutionär» und antirevisionistisch gesinnten Abgeordneten der Vorwurf gemacht wurde, mit seiner Zustimmung zum Staatsbudget habe er das sozialistische Endziel «verraten» und den Klassenstaat um «kleiner sozialer Erfolge» willen «anerkannt» – da gab der junge Jurist eine auch heute noch denkwürdige Antwort: «Nach unserer Meinung», führte er damals aus, «ist das, was wir eben tun, ein echt deutscher Streit um eine Zeremonie, um ein Nichts. Es soll der Staat gewissermaßen in der Idee verneint werden. *Als wenn*

dadurch von dem Gebäude des Staates auch nur ein Steinchen verrückt würde²!»

In der Tat ist mit diesem Argument die Position der extremen Linken an einer ihrer empfindlichsten Stellen getroffen. Denn wenn die radikale Linkskritik heute darauf verzichtet, zur notwendigen Veränderung der Gesellschaft dieselben Mittel zu empfehlen, wie sie nach wie vor mit einiger Sturheit die kommunistische Ideologie für geeignet hält, eine harmonische Gesellschaft heraufzuführen: wie dann anders kann sie ihre angeblich träge und revisionistisch gewordene Mutterpartei zu neuem Leben erwecken? Welche Argumente sind dann geeignet, in der richtigen Weise beunruhigend zu wirken? Wenn sich mit anderen Worten die neuerdings erstarkte, neue linksradikale Kritik sowohl die Praxis des kommunistischen wie die des allzu revisionistischen und unbeweglichen, demokratischen Sozialismus versagt – besteht dann nicht die Gefahr, daß in Wirklichkeit überhaupt *nichts geschieht*?

Das Neue der neuen Kritik

Auf den Vorwurf, intellektueller Luxus und praktisch unwirksam zu sein, reagiert die neue Kritik tatsächlich sehr empfindlich. Nichts ist sie intensiver zu vermeiden bestrebt, als weltfremd und abstrakt über die Erfordernisse der gesellschaftlichen Wirklichkeit hinweg ein Endziel zu verherrlichen und herbeizuwünschen, für dessen Verwirklichung sie effektiv nichts tun kann. Tief sitzendes Mißtrauen begegnet heute jedem, der leichtfertig eschatologisch denkt und höchste Ziele schon morgen realisieren zu können vorgibt. Zu deutlich spricht dagegen die geschichtliche Erfahrung, die die Gründe der Zerstörung dessen erklären, was ein Robespierre, Marx, Lenin aufzubauen unternahmen.

Andererseits widerstrebt den typischen Vertretern der «neuen Kritik» zutiefst auch die konventionelle Weise, mit einer handlichen, unspektakulären Politik der kleinen respektive allzu kleinen Schritte die Welt zu verändern. So, wie die Parteien bisher «Sachfragen» möglichst «unideologisch» zu lösen bestrebt waren, könne unmöglich weiterverfahren werden, wenn anders eine wirkliche Verbesserung der bestehenden Verhältnisse erzielt werden solle. Die Begründung dieses Argumentes pflegt ein Gesellschaftsmodell zu liefern, das die heutige Gesellschaft nicht als wohlintegrierte, nivellierte Wohlstandsgesellschaft, sondern als einen Herrschaftsverband nach wie vor in Klassen aufgespaltener, vielfach unmündiger Individuen begreift. An der gesellschaftlichen Ordnung heute wird damit nicht deren «ordentliche» Seite (die Seite der Integration und des allgemeinen Consensus), sondern der Aspekt der «Unordentlichkeit» der heutigen Ordnung hervorgehoben. Der Schein einer «nivellierten Massen-

² Zitiert nach Klaus-Peter Schulz, «Proletarier, Klassenkämpfer, Staatsbürger; 100 Jahre deutsche Arbeiterbewegung», München 1963, S. 95.

gesellschaft» trügt: in Wirklichkeit bestehen die Ungerechtigkeiten, das diskriminierende Geflecht der Machtbeziehungen einer Klassengesellschaft weiter.

Mit sich und der Welt zufriedene Sozialdemokraten, die etwa schon im Begriffe waren, das beruhigende Modell einer entideologisierten, klassenlosen Mittelstandsgesellschaft zu übernehmen, können derart – zu Recht, wie mir scheint – recht unsanft aus ihrem Wohlstandsschlaf aufgeweckt werden; so wies beispielsweise Rudolf Giovanoli ganz richtig anhand der bekannten Untersuchung von Horst Symanowsky und Fritz Vilmar auf das Bedenkliche von Theorien hin, in denen nurmehr vom «Kräftegleichgewicht» usw. der «pluralistischen» Mittelstandsgesellschaft die Rede ist³. Gegenwärtig hat jeder noch so ungenaue Nachweis von Herrschaftsstrukturen in unserer Gesellschaft mehr Berechtigung als die raffinierteste soziologische Analyse sogenannter «Funktionen» von Gesellschaftsstrukturen.

Dennoch kann die kritische Gesellschaftstheorie heute, so gerne sie sich auf der Grundlage des klassischen Marxismus aufbauen möchte, gewisse spezifische Schwierigkeiten nicht vermeiden, die auch im Marxismus selbst nicht aufgelöst sind. Es ist die Schwierigkeit, den Kreis der wirklich für das gegenwärtige Malaise verantwortlichen Menschen genau zu bestimmen. Wo die Ursachen der unglücklichen gesellschaftlichen Zustände zu suchen seien, ist durchaus ungewiß. Wer ist hierfür verantwortlich: die «Gesellschaft» schlechthin, das «bürgerliche Tauschprinzip» zum Beispiel, mithin «Entfremdung» und «Verdinglichung»? Oder ein bestimmter Zirkel mächtiger «Ausbeuter», die auf Grund objektiver gesellschaftlicher Zwänge (aber welcher konkret?) alle Macht in sich vereinen? Die offizielle Doktrin kommunistischer Parteien macht sich die Beantwortung dieser Fragen leicht. Sie glaubt die Schuldigen genau zu kennen: die «Monopolkapitalisten» und die mit ihnen verbündeten Militärs und reaktionären Politiker, diejenigen geheimen Verschwörer also, die hinter den Kulissen den gegenwärtig ablaufenden «gewaltigen Konzentrationsprozeß» der Wirtschaft steuern und damit das Proletariat (relativ) noch ärmer, sich selbst aber nur immer noch reicher und mächtiger machen⁴. Offensichtlich hat hier der Kern der Marxschen Verelendungstheorie den Zeitenwandel unversehrt überstanden. Revolutionäre Theorien scheinen überhaupt auf den Gedankengang nicht verzichten zu können, daß die Verhältnisse, damit sie wahrhaft besser und schöner würden, erst einmal noch gründlich sich zu verschlechtern hätten. Am Ende dieses Prozesses, der nach kommunistischer

³ «Ein Augenschein in Westdeutschland», S. 270 bis 279 in der «Roten Revue» 10–1964.

⁴ Vgl. etwa Victor Schiwoff, «Konjunkturpolitik der Monopole...», (ed. PdA, o.). Die Schrift enthält immerhin eine Reihe von Details aus dem schweizerischen Wirtschaftsleben, die, wenn sie zutreffen sollten (was wahrscheinlich ist, aber erst noch überprüft werden müßte), tatsächlich empörend sind.

Voraussicht «notwendig» und «gesetzlich» vor sich gehen wird, bleibt dann nur noch die Aushebung eines kleinen Nestes verdorbener Gesellschaftsschädlinge zu bewerkstelligen, die Beseitigung der Ausbeuter durch die Ausgebeuteten in kommunistischer Terminologie. Daß die Realisierung dieses Plans für die Ausgebeuteten selbst vorerst nichts einbringt, hat die Entwicklung in kommunistisch revolutionierten Staaten deutlich genug gezeigt. Lange findet sich der Arbeitnehmer hier einer noch größer und totaler gewordenen Macht ausgeliefert, *die erst von dem Augenblick an rationaler zu werden beginnt, da praktisch nicht gewaltsam-revolutionär, sondern behutsam-revisionistisch, auf evolutionärem Wege an der Verwirklichung des Sozialismus gearbeitet wird.*

Dies ist eine Erkenntnis, die jeder noch so kritischen Gesellschaftstheorie von heute unbedingt zugrunde liegen muß, sofern sie nicht den Aporien der kommunistischen Theorie und Praxis erliegen will. Es ist eine Erkenntnis, die heute *tatsächlich* der Mehrzahl zeitgenössischer Kritik von «Linksabweichlern» ausdrücklich oder unausdrücklich zugrunde liegt; das wesentlich Neue der neuen Kritik ist genau hierin zu suchen. Merkwürdig ist ja in der Tat, daß selbst im «philosophischen», «weltfremden» Westdeutschland während des diesjährigen Wahlkampfes die meisten «Linksabweichler», so kritisch sie ihrer godesbergisch reformierten Partei gegenüberstanden, doch öffentlich und oft sehr entschieden für die «ES PE DE» Partei ergriffen. Die von diesen Linksintellektuellen vertretenen Ansichten mochten extrem nonkonformistisch sein: DDR-freundlich, antiamerikanisch usw. – gleichwohl war unter eben diesen Intellektuellen das Engagement für eine revisionistische Partei kaum je größer. Ein schwerer Fehler der deutschen Geschichte sollte damit wiedergutmacht, der bekannten Gefahr abstrakter Weltfremdheit radikal – revolutionärer Kritik ein für allemal begegnet werden. Es wurde bewußt weniger die Nichtexistenz des absolut Guten beklagt, als vielmehr von zwei Übeln entschlossen das geringere gewählt – getreu dem Grundsatz des Konfuzius, daß es besser sei, in der Dunkelheit ein kleines Licht anzuzünden, als über die Dunkelheit zu jammern.

Gewiß ist das Engagement der neuen Kritik vielfach nur eines gleichsam wider Willen und besseres Wissen, ein *Engagement mit Vorbehalten*. Diejenige Theorie, die gesellschaftliche Praxis wirklich widerspruchsfrei und bruchlos begründete, ohne Verlust an innerer Konsequenz und kritischer Substanz, ist noch keineswegs gefunden. Zwischen seiner grundsätzlichen Bereitschaft, sich im Rahmen der bestehenden Gesellschaft zu engagieren, und seinem Widerwillen gegen praktisch anscheinend unumgängliche Kompromisse, klafft ein Widerspruch, der in des Linksintellektuellen radikaler Kritik selbst angelegt ist. Diese verbietet ihm strikte, auch nur mit Teilbereichen des Bestehenden in seiner Unvollkommenheit sich zu verbünden. Die Art, in der herkömmliche radikale Kritik von der Gesellschaft kritisch distanziert, ver-

sperrt zugleich sehr oft praktisch gangbare Wege zu deren effektiven Veränderung. Gewisse Überlegungen über den manipulativen und totalitären Charakter moderner Reklame beispielsweise halten de facto davon ab, für eine vernünftigere Werbung einzutreten. So bleibt dem Linksintellektuellen, der, wie die Mehrzahl seiner Gesinnungsgenossen, durchaus ernsthaft zur Veränderung des Bestehenden etwas beizutragen gewillt ist, schließlich doch nichts anderes übrig, als sein Vorhaben im Widerspruch zu seinen theoretischen Voraussetzungen, wenn überhaupt, ins Werk zu setzen. Dies ist eine Abweichung seiner Praxis von der kritischen Theorie, die der «Linksabweichler» freilich partiell als Verrat empfinden muß. Ihn mit besserem Gewissen dennoch zu begehen, fiel ihm leichter, wenn ihm die in Frage gestellte Wirklichkeit sozusagen auf halbem Wege entgegenkäme: wenn also beispielsweise die Sozialdemokratie sich bereit fände, linksradikaler Kritik gegenüber aufgeschlossener als bisher zu sein. Eine unnötige Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze wäre hiervon nicht zu befürchten. Denn in die *Macht der Versöhnungskraft radikaler, das heißt nichts anderes als wahrhaft gerechter Kritik* setzt die neue kritische Bewegung ein ganz anderes, stärkeres Vertrauen als bisher. Es ist ihr bewußt, daß die das bestehende Malaise produzierenden gesellschaftlichen Kräfte niemals und *grundsätzlich nicht* mit der eigentlich wünschbaren Eindeutigkeit einer bleibenden Bezeichnung der «Schuldigen» und «Verantwortlichen» festgestellt werden können. Vielleicht war dies ein Hauptfehler aller bisherigen Sozialkritik: daß in ihr jegliche Intention auf eine Versöhnung der gesellschaftlichen Gegensätze hin prinzipielle Unversöhnlichkeit mit einer einmal *bestimmten* und somit dogmatisch *fixierten* Menschen- oder Kräftegruppe (den Kapitalisten, Ausbeutern; dem bürgerlichen Tauschprinzip) bewirkte. Davon wäre gleichsam a priori abzusehen: ganz und gar beweglich, müßte die neue Kritik Ungerechtigkeit und Beschränktheit kritisieren, wo immer sie solche antrifft, und sei es auch unter den gesellschaftlich Benachteiligten. Die wirklichen Schwierigkeiten einer gerechten Menschenführung im Betrieb beispielsweise wären ebenso in Rechnung zu stellen wie andererseits die negativen Folgen derselben schonungslos aufzudecken. In jedem Moment der Kritik, die ihn angreift, müßte dem von ihr Betroffenen doch zugleich die Versöhnung deutlich werden, auf die das kritische Urteil schließlich ebenso wie jede vernünftige menschliche Regung überhaupt hinaus will. Was Max Frisch als Höflichkeit in der privaten Sphäre beschrieb, wäre zu einem Prinzip auch der Gesellschaftskritik zu erheben: «Man begnügt sich nicht damit, daß man dem andern einfach seine Meinung sagt; man bemüht sich zugleich um ein Maß, damit sie den andern nicht umwirft, sondern ihm hilft; wohl hält man ihm die Wahrheit hin, aber so, daß er hineinschlüpfen kann⁵.»

⁵ Max Frisch, «Tagebuch», Frankfurt a. M. 1960, S. 61.

Gewiß ist der Erfolg einer derartigen Einstellung letztlich vom Zustand der vorhandenen Gesellschaft abhängig. Kann Gesellschaftskritik gegenüber einem Hitler oder Mussolini gerecht sein? Heute aber leben wir in einer Zeit, in der die Ideale der Aufklärung wieder eine reelle Chance haben, verstanden und verwirklicht zu werden. Aufgabe der neuen Kritik ist es dabei, *die Radikalität ihrer kritischen Intention jederzeit konkret als eine letztlich versöhnliche verständlich zu machen*. Der Gesellschaft ihrerseits ist es aufgegeben, die notwendige Unabhängigkeit und kritische Distanziertheit der Instanzen radikaler Kritik nicht als pures Übelwollen zu mißdeuten, sondern sich deren gewiß nicht immer gerecht erscheinenden Äußerungen gegenüber *offenzuhalten*. Kritik kraft kritischer Versöhnlichkeit findet zwar in der unaufhebbaren Zerrissenheit, das heißt Unversöhnlichkeit der Gesellschaft, ihre Grenzen. Aber die Aussicht, diese dennoch Schritt für Schritt zurückdrängen zu können, das heißt die Kraft der *Hoffnung*, wird schließlich doch nicht ganz ohne Wirkung sein.

HEINZ ROSCHEWSKI

Die Präambel der Bundesverfassung

Besitzt die Präambel der Bundesverfassung:

«Im Namen Gottes, des Allmächtigen» eine praktische Bedeutung?

Der im September 1965 in St. Gallen abgehaltene Schweizerische Juristentag ist vorbei, hat aber in der Festgabe der juristischen Abteilung der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und des St.-Gallischen Juristenvereins «Stillstand und Fortschritt im schweizerischen Recht» ein bleibendes Werk hinterlassen, das auch schon verschiedentlich in Tagespublikationen und wissenschaftlichen Arbeiten gewürdigt worden ist und wahrscheinlich in Zukunft noch verschiedentlich im politisch-rechtlichen Raum unseres öffentlichen Lebens zu Rate gezogen werden wird.

Vorerst hat, aus den bisherigen mündlichen und schriftlichen Kommentaren zu schließen, jener Beitrag Interesse erregt, der, aus rein alphabetischen Gründen, der letzte der siebzehn im stattlichen Band vereinigten juristischen Arbeiten ist. Dr. Paul Steiner, Rechtsanwalt und sozialdemokratischer Politiker in St. Gallen, nebenbei auch Hochschuldozent, untersuchte die Frage, ob die Eingangsworte der schweizerischen Bundesverfassung: «Im Namen Gottes, des Allmächtigen» eine praktische, insbesondere eine rechtliche Bedeutung besitzen, und wenn ja, welches die Bedeutung ist. Auf Grund der vorhandenen, allerdings wenig umfangreichen juristischen Literatur und der historischen Interpretation sieht Steiner den geschichtlichen Sinn der Präambel der Bundesverfassung von 1874 in der Anerkennung einer über unserer Rechtsordnung